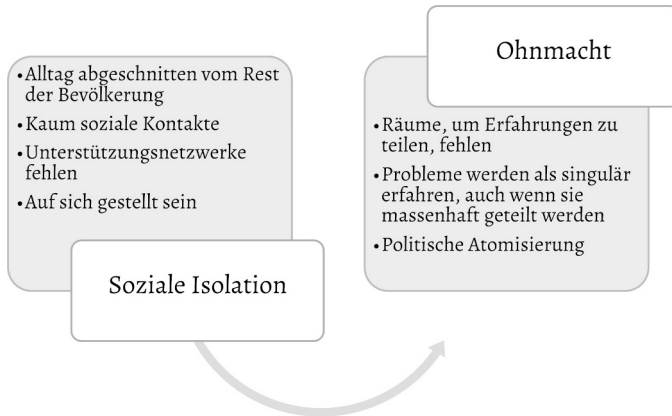


die Möglichkeit von Teilhabe in der Demokratie. Da Isolationserfahrungen entlang von Macht- und Herrschaftsverhältnissen innerhalb der Gesellschaft ungleich verteilt sind (z.B. aufgrund der Folgen von Ausgrenzung und Diskriminierung), wird durch die mit Isolation verbundenen Ohnmachtserfahrungen immer auch politische Ungleichheit (re-)produziert.

Grafik 16: Ohnmachtserfahrungen aufgrund sozialer Isolation



Quelle: Eigene Darstellung

### 4.3 Ein überfordernder und nicht zu bewältigender Alltag – »Ich vergesse ganz viel«

»Die Jesiden haben natürlich auch viel erlebt, also die haben wirklich diese im Sindschar-Gebirge, diese Flucht miterlebt, diesen Angriff [des Islamischen Staats]. [...] Sie geht einkaufen. Die haben noch ein zweijähriges Kind mittlerweile, ein Mädchen. [...] Er liebt dieses Kind über alles. Und dann sagt sie zu ihm: ›Du kannst ihr ja schon einmal was zu essen geben. Es ist in fünf Minuten fertig.‹ Und dann kommt sie eine halbe Stunde später wieder oder eine Stunde und das Essen ist noch auf dem Herd und verkocht und er hat einfach vergessen, ihr das zu geben. Und er sagt: ›Ich vergesse ganz viel. Selbst solche Sachen.‹ [...] Wenn das Kind jetzt gesagt hätte: ›Papa, ich habe Hunger‹, dann hätte er wahrscheinlich dran gedacht. Aber so halt nicht.« (163)

Politische Teilhabe setzt ein gewisses Mindestmaß an überschüssigen Ressourcen im eigenen Alltag voraus. Bindet der Alltag durch belastende und überfordernde Umstände alle verfügbaren Kapazitäten, wird es den Betroffenen erschwert,

ihre Erfahrungen in politische Forderungen zu übersetzen. Unmittelbare Handlungsnotwendigkeiten lassen keinen Raum für mittel- und längerfristige strategische politische Zielsetzungen – zumal, wenn deren Erfolgsaussichten ohnehin eher gering eingeschätzt werden. Belastungen im Alltag sind entlang gesellschaftlicher Macht- und Herrschaftsverhältnisse ungleich verteilt. Jene, die gesellschaftlich ausgeschlossen, marginalisiert und diskriminiert werden, sind von ihnen in der Regel deutlich stärker betroffen, während sie gleichzeitig über weniger Ressourcen zur Problembewältigung verfügen. Dadurch ist es für sie wahrscheinlicher, dass sie sich als konstant überfordert erleben. Soziale Deprivation »erzeugt einen hohen Problemdruck und beschränkt zugleich die Lösungskapazitäten der davon Betroffenen« (Voigtländer 2015: 283-284). Es kommt zu Ohnmachtserfahrungen, weil die mobilisierbaren Ressourcen nicht ausreichen, um den Alltag zu bewältigen. Das eigene Leben erscheint in der Folge als unkontrollierbar (Narayan 2000: 19). Motivation, Selbstwertgefühl und Autonomie der Betroffenen werden dadurch gefährdet (Voigtländer 2015: 283-284).

Da es bereits an Ressourcen mangelt, die eigentlich mobilisiert werden müssen, um den eigenen Alltag zu bewältigen, stehen wenig zeitliche und emotionale Kapazitäten für politisches Engagement oder eine gegenseitige solidarische Unterstützung zur Verfügung (Klatt und Walter 2014: 16). Der Versuch, kurzfristig immer wieder auftretende Probleme zu bewältigen, die sich kaum dauerhaft lösen lassen, sondern immer wieder neu zu Tage treten, lässt wenig Raum dafür, die eigenen Erfahrungen in öffentliche Aushandlungsprozesse einzubringen und in diesen einzufordern, dass sie berücksichtigt werden und Gehör finden. Stress im Alltag wirkt dadurch als Grenze demokratischer Teilhabe. Bewältigungsstrategien bleiben in der Regel auf den privaten Nahbereich beschränkt (Voigtländer 2015: 23). Erschöpfung ist eine Regierungspraxis, die systematisch Ohnmacht produziert (Wyss et al. 2020: 122). Überlastungserfahrungen im Alltag wirken dadurch als Transmissionsriemen, der soziale Ungleichheit in ungleiche politische Teilhabe übersetzt.

Im Alltag vereinzelt und sozial isoliert zu sein, erweist sich für Geflüchtete insbesondere dadurch als problematisch, dass sie vielfältigen Herausforderungen und Belastungen gegenüberstehen. So müssen sie etwa einen Umgang mit traumatischen Erfahrungen und deren Folgen entwickeln, Sorge für die Familie im Herkunftsland tragen, sich unter schwierigen Umständen um ihre Kinder kümmern, sich in einem fremden Alltag zurechtfinden oder sich mit bürokratischen Schreiben auseinandersetzen, die aufgrund fehlender Sprach- oder Systemkenntnisse unverständlich oder aufgrund von Analphabetismus sogar – im wahrsten Sinne des Wortes – unlesbar sind. Probleme von Geflüchteten bei der Alltagsbewältigung und ihre Effekte werden im Folgenden an den drei Bereichen Traumata und andere psychische Versehrtheiten (Kapitel 4.3.1), Fürsorgeverpflichtungen und Gewaltverhältnisse in Familien (Kapitel 4.3.2) sowie fehlenden Ressourcen und begrenztem

Systemwissen im Alltag (Kapitel 4.3.3) exemplarisch skizziert. Das abschließende Fazit zeigt, wie multiple Problemlagen zusammenwirken und darüber ein Ausmaß der Belastung mit sich bringen, durch das kaum Ressourcen für Aktivitäten jenseits der unmittelbaren Alltagsbewältigung zur Verfügung stehen.

#### 4.3.1 Verstörte und verletzte Subjekte. Traumata, psychische Belastungen und körperliche Versehrtheiten

Geflüchtete sind keine homogene Gruppe, ihre »Fluchtbiographie ist individuell – gemein ist nur, dass die Menschen im Zusammenhang mit der Verfolgung und Flucht oft mit vielfältigen außergewöhnlichen Belastungen konfrontiert sind« (Schreiber und Iskenius 2013: 2). Ihre Erfahrungen mit Krieg, Armut, Verfolgung und Gewalt im Herkunftsland und bei der Flucht wirken nach ihrer Ankunft in Deutschland nach. Beispielhaft wird dies etwa an der folgenden Interviewsequenz deutlich, in der von einer Beratungsstellenmitarbeiterin die Situation einer jungen Geflüchteten beschrieben wird: »Die war aus Afghanistan. Ihr Vater war ermordet worden, Bomben auf Haus, Bruder tot. Sie hat ein Bein verloren. Daraufhin ist die Familie nach Deutschland geflüchtet« (I35). Ein Ehrenamtlicher erzählt, seine geflüchtete Patenochter habe »sehr schlimme Sachen erlebt [...] auf ihrer Flucht. [...] Sie hat ihren Bruder in der Sahara verloren« (I17). Ein Geflüchteter in Hamburg berichtet von seiner Erfahrung der Überfahrt über das Mittelmeer: »Ich und einige meiner Freunde sind über das Meer gekommen [...], einige von uns sind während der Überfahrt gestorben« (I02, Übers. d. Verf.). Frauen sind dabei im Herkunftsland und im Prozess der Flucht »im Durchschnitt wesentlich öfter« (I52) mit schweren Gewalterfahrungen und »schreckliche[n] Erlebnisse[n]« (I18) (z.B. Vergewaltigungen und anderen Formen sexualisierter Gewalt) konfrontiert. Eine Ehrenamtliche berichtet von einem Fallbeispiel: »Ihre Stiefmutter hat sie nicht zur Schule geschickt. [...] Ihre Schwester ist beschnitten worden und gestorben. Von der Stiefmutter beschnitten und sie wäre die nächste gewesen« (I63).

Wenn Geflüchtete in Deutschland angekommen sind, bleibt die Situation in von Gewaltkonflikten betroffenen Herkunftsländern häufig ein psychischer Belastungsfaktor, wie ein Interviewpartner am Beispiel einer Unterrichtssituation aus einem Berufsvorbereitungskurs rekonstruiert: »Sie haben Fotos ausgetauscht von irgendwelchen Leichen, die sie sich angeguckt haben oder Geköpften, die sie identifizieren sollten: ›Ist das dein Vater?‹« (I33). Der Mitarbeiter eines Projektträgers erzählt von einem anderen Fallbeispiel: »Der sagt: ›Mein Bruder, ich weiß nicht, ob er lebt. Er ist verschollen.‹ [...] Andere sagen auch: ›Ich weiß nicht was mit meiner Familie ist, wir haben nur ab und zu Kontakt aber manchmal auch wieder nicht.‹ Da sind sehr große Sorgen einfach da« (I39).

Einige Geflüchtete wurden »vergewaltigt auf der Flucht oder die Geschwister wurden getötet vor ihren Augen« (I36). Familien wurden teilweise im Prozess der Flucht auseinandergerissen:

»Die sind geflüchtet und in der Nacht als sie geflüchtet waren, war der [Sohn] ein halbes Jahr alt und der hatte hohes Fieber. Und alle haben gesagt: ›Ihr könnt doch dieses Kind nicht mitnehmen.‹ Und da haben sie den Riesenfehler gemacht und haben ihn dagelassen. Und hatten im Kopf: ›Wir gehen ins sichere Europa und dann holen wir den.‹ Und der war ein halbes Jahr und jetzt ist er vier.« (I63)

Zentral für die psychische Belastung der Geflüchteten sind dabei nicht nur Kriegs- und Gewalterfahrungen, sondern auch Erfahrungen von Armut und Perspektivlosigkeit, etwa wenn es – wie es eine Interviewte verbildlicht – »keinen Fisch mehr im Wasser gibt und kein Halm mehr auf der vergifteten Erde wächst« (I35). Zusätzlich zu den psychischen Belastungen haben einige Geflüchtete »körperliche Versehrtheiten, die nun mal auftreten, wenn jemand aus einem Bürgerkriegsland flieht. [...] Wir haben hier Kunden [...], die im Rollstuhl sitzen, froh sind, dass sie das Leben haben, mit einem Arm, einem Bein und starke Schmerzmittel kriegen, an keinem Kurs teilnehmen können, weil es nicht geht, unter Schmerzen« (I34).

Gewalt und sozioökonomische Deprivation sind teilweise im Herkunftsland untrennbar miteinander verknüpft, wie die folgende Erzählung verdeutlicht: »Die Eltern sind früh gestorben. Er hat dann bei seiner Schwester und deren Mann gelebt und ist dort mehr oder weniger so als Arbeitsklave gehalten worden. Deswegen konnte er auch nicht in die Schule gehen, weil die [...] ihn da [brauchten], um zu arbeiten. Und er ist oft geschlagen worden« (I56). In einigen Transitstaaten wie Libyen, kommen etwa Erfahrungen mit illegalisierter Beschäftigung und damit einhergehender Entrechtung hinzu (I02). Auch nach Asylantragstellung innerhalb der Europäischen Union, etwa in Griechenland oder Italien, machen Geflüchtete die Erfahrung menschenunwürdiger Bedingungen, beispielweise von extremer Mittellosigkeit und menschenunwürdigem Wohnraum (I02).

Zwischen Trauma und einem Gefühl von Ohnmacht besteht dabei eine enge Verbindung (Dörr 2008: 33). Da »Brüche in der Biografie oder Fluchtgeschichte [...] meistens [...] nicht [...] produktiv verarbeitet werden konnten, sondern [...] blockieren« (I27), bergen sie die Gefahr, wie es eine Interviewpartnerin formuliert, »das Leben auch [zu] verstellen« (I35). Psychische Folgen der belastenden Situation im Herkunftsland und während der Flucht treten häufig erst zeitlich verzögert zu Tage: »Das ist alles immer scheinbar gut unter dem Deckel, sozusagen. Wenn die Personen aber mal eine Wohnung haben und anfangen zu arbeiten [...], dann fängt es irgendwann einmal an hochzukommen« (I40). Traumata und psychische Belastungen äußern sich häufig in diffuser Form, die Ausdrucksformen variieren:

»Es gibt Menschen, wo man einfach den Eindruck hat: Es gibt eine Belastung oder eine Art von Lähmung oder irgendwas, so dieses Neben-Sich-Stehen. [...] Oder Menschen, die sich nicht konzentrieren können, Kopfschmerzen haben, schlaflose Nächte. [...] Oder auch Menschen die total entspannt und motiviert dasitzen und [...] mehrmals den Anlauf gemacht haben, aber es [den Lernstoff] tatsächlich nicht behalten können.« (I53)

Beispiele für Probleme, die als Folgeerscheinung im Alltag auftreten, sind unkontrollierbare Reaktionen auf Trigger. Eine Interviewpartnerin erzählt, dass jemand »dieses traumatische Wiedererleben hatte [...] und so einen Anfall bekam und so was passiert schon häufiger. Oder jemand einfach umkippt, bei so einem *trigger* der eben wirkt« (I35). Eine andere schildert ihre Erfahrung mit dem Teilnehmer einer Maßnahme zur Berufsvorbereitung: »Er wurde fünf Jahre lang gefangen gehalten und er hat [es] irgendwie geschafft, da rauszukommen. Seitdem hat der Momente, wo er einfach panisch wird. Es reicht, dass man die Hände klatscht, irgendein Geräusch was etwas lauter ist und dann rennt er in eine Ecke« (I31). Weitere Symptome seien Depressionen oder Aggressionsschübe, etwa »Weinkrämpfe [...] [und] nicht kontrollierbare Emotionen« (I17); dass »jemand [...] sagt, ›ich kann jetzt gerade nicht mehr, ich muss nach Hause‹« (I39); dass jemand »plötzlich völlig unerwartet [...] aggressiv reagiert [...] oder apathisch reagiert. Beide Seiten gibt es. [...] Dass man merkt, okay, da sitzt jetzt ein Schüler, der eigentlich immer ganz gut rechnen konnte und auf einmal geht gar nichts mehr. [...] Aggression kommt glücklicherweise ganz, ganz selten vor. Eher das Sich-Zurückziehen« (I37). Einige Betroffene sind »psychisch [...] so labil, dass sie halt das Haus nicht verlassen [können]« (I34).

Traumata und psychische Belastungen werden dabei häufig als persönliche Probleme oder sogar als eigenes Scheitern und Versagen erfahren. Im Umgang mit ihnen dominieren individuelle Bewältigungsstrategien, die den einzelnen Subjekten ein hohes Maß an emotionalen Ressourcen abverlangen. Zugang zu Psychotherapie ist für Geflüchtete erst nach ihrem Transfer in eine Folgeunterbringung möglich (Christ et al. 2017: 18). Selbst dort, wo ein entsprechender Anspruch vorhanden ist, ist eine Behandlung von psychischen Probleme und Traumafolgen aufgrund der Unterfinanzierung staatlicher Infrastruktur im Gesundheitsbereich erschwert: »Wartezeiten sind extrem lang« (I37), es gibt »nicht so viele Therapeuten, die das machen« (I27); »wenn es zu der Disposition kommt mit psychischer Belastung, dann ist der erste Schritt die Psychiatrie, die aber in der Regel keine Therapie ersetzt und Teilnehmende dann zwar in einer akuten Phase aufnimmt, aber eigentlich gehören die mehr in so eine sozialpsychiatrische Begleitung und Betreuung und da gibt es natürlich zu wenig Angebote« (I21). Beratungsangebote sind häufig »nicht in der Sprache vorhanden, in der sie sein müssten« (I27). Psychotherapeutische Hilfe kann dadurch »nur mit Übersetzern oder Vermittlern arbeiten, [...] was natürlich schon immer so eine Distanz auch bedeutet« (I35).

In der Folge sind Geflüchtete in der Verarbeitung ihrer Erfahrungen in vielen Fällen weitgehend auf sich allein gestellt. Die individuellen Möglichkeiten, mit entsprechenden Erfahrungen und Belastungen umzugehen, sind unterschiedlich: »Man kann da überhaupt nichts pauschal aussagen, das kommt auf den Menschen drauf an, da gibt es die ganze Bandbreite. [...] Das ist [...] eine Frage der Persönlichkeit, wie die Menschen hier Fuß fassen und ob sie es geschafft haben, das, was sie erlebt haben, irgendwie zu integrieren und zu verarbeiten oder ob sie ein Stück weit daran zerbrochen sind« (I22). Obwohl »ein bedeutender Teil der Flüchtlinge infolge der fluchtbedingenden und -bedingten Traumatisierung behandlungsbedürftige psychische Störungen aufweist [...], entwickeln bei weitem nicht alle Flüchtlinge[...] psychische Probleme« (Schreiber und Iskenius 2013: 2). Zukunftsunsicherheit durch unsichere Aufenthaltsperspektiven, Angst vor Abschiebung und der belastende Alltag in Flüchtlingsunterkünften erschwert es Betroffenen, ihre Traumata und psychischen Probleme zu verarbeiten (Christ et al. 2017: 18; Geiger 2016: 37). Drogenmissbrauch, Abhängigkeiten oder selbstverletzendes Verhalten können die Folge sein (Christ et al. 2017: 6). Durch unverarbeitete gesundheitlichen Probleme steigt die Wahrscheinlichkeit, dass Geflüchtete längerfristig in Armut leben – etwa weil der Zugang zum Arbeitsmarkt schwieriger wird (Boeckh 2018a: 380).

Psychische Belastungen, Traumata und teilweise auch schwerwiegende körperliche Versehrtheiten schränken – insbesondere dort, wo etwa aufgrund von Sprachbarrieren oder unzureichender Therapieangebote keine adäquaten Möglichkeiten einer Behandlung vorhanden sind – die Möglichkeiten einer aktiven gesellschaftlichen und politischen Teilhabe ein. Gelingt es nicht, die individuelle gesundheitliche Situation zu stabilisieren, bleibt der Alltag sowohl prekärer als auch konfliktreicher. In der Folge sind mehr individuelle Ressourcen erforderlich, um ihn zu bewältigen, was es wiederum erschwert, belastende Erfahrungen zu verarbeiten. Dort wo entsprechende Belastungen als individuelles Problem und Scheitern erlebt werden, können Scham- und Schuldgefühle entstehen, die dazu führen, dass sich Betroffene ins Private zurückziehen. Ihre Problemlagen werden öffentlich unsichtbarer, ihre Erfahrungen bleiben desartikuliert.

Insgesamt sind psychische Belastungen dadurch ein Faktor, der es – unter den bestehenden gesellschaftlichen Umständen – behindert, sich gesellschaftlich und politisch aktiv einzubringen und öffentlich Gehör zu finden. Geflüchtete sind hier von überdurchschnittlich betroffen, entsprechende Erfahrungen – und ihre politischen Folgen – sind jedoch auch in anderen Teilen der Bevölkerung in ausgeprägter Form vorhanden (z. B. Betroffenheit von sexualisierter Gewalt oder rassistischen Übergriffen im Alltag) (Yeboah 2017). Die Notwendigkeit, sich – in prekären Lebensumständen – um sich selbst zu kümmern oder zumindest einen Umgang mit der eigenen Belastungssituation zu finden, führt dazu, dass weniger Kapazitäten vorhanden sind, um über die eigenen alltäglichen Probleme hinaus als po-

litischer Akteur aufzutreten. Eine hohe Belastung durch vorangegangene Erfahrungen erschwert es, im Alltag gegenwärtig auftretende Probleme zu bewältigen. Handlungsfähigkeit trotz entsprechender Belastungen zurückzugewinnen setzt – während des Asylverfahrens in der Regel nicht vorhandene (vgl. unter anderem die Kapitel 4.1 und 4.2.1) – Ruhe- und Rückzugsmöglichkeiten voraus, die es ermöglichen, negative Erfahrungen zu verarbeiten. Traumata und psychische Belastungen sind damit ein Problembereich, der die Grenzen der eigenen Handlungsfähigkeit sichtbar macht und Ohnmachtserfahrungen produziert – im Umgang mit sich selbst, ebenso wie im Umgang mit jenen gesellschaftlichen Bedingungen, die die psychischen Belastungen hervorrufen. Traumata zu bearbeiten und psychische Belastungen zu reduzieren erweist sich damit als Bedingung, um eine individuelle alltägliche und darüber hinaus auch eine politische Handlungsfähigkeit zu ermöglichen.

### 4.3.2 Fürsorgeverpflichtungen und patriarchale Gewalt. Familienverhältnisse als Belastungsfaktor

Es sind jedoch nicht nur das Asylverfahren, der Alltag in Flüchtlingsunterkünften oder traumatische Vorerfahrungen, die eine Alltagsbewältigung herausfordernd werden lassen. Auch Geschlechterrollen können die Einzelnen stark belasten und mit traumatischen Erfahrungen (z. B. innerfamiliärer Gewalt einhergehen). Alltägliche Belastungsfaktoren und der Umgang mit diesen weisen eine ausgeprägte geschlechtsspezifische Komponente auf. Frauen<sup>4</sup> und Männer sind in »kulturell tradierte[n] Familienkonstellationen« (I35), in denen »Geschlechterrollen [...] ein bisschen [...] traditionell« (I18) sind – »dass man [...] die Zuschreibung hat, dass sich die Frau sich [...] um das Betreuen der Familie kümmert« (I21) – im Alltag unterschiedlichen Belastungsfaktoren ausgesetzt.<sup>5</sup> Während Frauen – so die Erfahrungsberichte in den Interviews – stärker durch familiäre Fürsorgeverpflichtungen und Kinderbetreuung belastet und teilweise patriarchaler Gewalt ausgesetzt sind, leiden Männer unter eigenen und familiären Ansprüchen an ihre Ernährerrolle, die aufgrund der prekären alltäglichen Lebensbedingungen in Deutschland häufig kaum erfüllt werden können.

Frauen, stellt eine Interviewpartnerin, fest: »können sich gar nicht so hängen lassen, weil die ja in der Regel die Verantwortung für ihre Kinder als die ihre definieren. [...] Die müssen halt zum Arzt, die müssen in eine Schule, die müssen in

4 Geschlecht begreife ich mit Judith Butler als machtvolle soziale Konstruktion (Butler 1991).

5 Die Belastung durch Fürsorgetätigkeiten ist bei Frauen in der Tendenz höher, da sie »in der Regel auch öfter [...] mit Hausarbeit und Kindererziehung betraut sind [...]. Aber das ist kein Automatismus. Da gibt es auch viele Gegenbeispiele [...]« (I53).

eine Kita, die müssen ich weiß nicht was« (I35). Entsprechende Fürsorgeverpflichtungen und belastende familiäre Konstellationen binden »Zeit und psychische Energien [...], die dann nicht für Bildungsanstrengungen verfügbar sind« (Scherr 2014: 302). Die Bildungschancen von Frauen werden dadurch reduziert, ihr Armutsrisiko erhöht sich (Roß 2008: 76). Eine Folge ist, dass Frauen häufiger »keine Ausbildung haben, dass sie keine [beruflichen] Erfahrungen haben, dass die ganz geringe Deutschkenntnisse haben« (I35). Fürsorgetätigkeiten und eigene berufliche Vorstellungen und Wünsche zu verbinden ist häufig schwer: »Es ist tatsächlich oft spürbar, [...] dass [...] zwei unterschiedliche widerstrebende Lebensentwürfe [...] nebeneinander stehen: Einerseits Job und andererseits [...] Kinder kriegen« (I32). Viele geflüchtete Frauen, stellt ein Interviewpartner fest, »wollen [...] arbeiten. Die wollen [. ] nicht nur Hilfsarbeiterjobs machen, die wollen sich qualifizieren, die wollen schnell die Sprache lernen, [...] die wollen eigenständig werden, die wollen sich hier weiterentwickeln. [...] Aber erst, wenn ihre Kinder groß sind« (I48). Es gibt jedoch auch Frauen, in deren Lebensentwurf eigene Berufstätigkeit eine untergeordnete Rolle spielt: »Für mich kommen [...] Familie und [...] meine Kinder an erster Stelle und ich komme irgendwann später« (I22).

Fehlende soziale Netzwerke und Infrastrukturen (z.B. vor Ort verfügbare Kindertageseinrichtungen) verstärken die Belastung, die mit der Kindererziehung einhergeht. Das Armutsrisiko wird durch Kinder im Haushalt erhöht (Groh-Samberg 2009: 236). Für die Familie anfallende Kosten »müssen aus einem in der Regel geringeren Haushaltseinkommen gedeckt werden; zumindest dann, wenn sich Eltern zur Betreuung und Versorgung ganz oder teilweise aus dem Erwerbsleben zurückziehen« (Sanders 2008: 15). Durch fehlende familiäre Netzwerke sind Frauen in ihrer Handlungsfähigkeit eingeschränkt, etwa da Großeltern nicht unterstützend tätig werden können. Die »multifunktionale[n] Verpflichtungen [von Frauen] [...] behindern, dass sie [aus Unterkünften] rauskommen oder dass sie [...] an irgendwas sich beteiligen können« (I20). Die Exklusion von Frauen wird in einigen Fällen von ihren Partnern bewusst verstärkt (»[...] [D]ass es Männer gibt, die ihre Frauen quasi einschließen« (I01)). Öffentliche Räume in den Flüchtlingsunterkünften sind in der Regel stark männerdominiert (Christ et al. 2017: 33).

Wo infolge der Flucht »Habitus und gesellschaftliche Lage auseinanderfallen [, können] [...] massive persönliche und kollektive Krisen die Folge [sein]« (Lenger et al. 2013: 26). Anders als Frauen fallen geflüchtete Männer, berichtet eine Interviewpartnerin, häufiger »in so Löcher. [...] Die sind [...] nicht mehr der Herr Generaldirektor oder die sind nicht mehr der super Kfz-Mechaniker [...]. Das haben die ja verloren. Also es gibt keine Werkstatt, es gibt keinen Arbeitsalltag [...]« (I35). Ihre »Frustrationstoleranz [...] ist geringer. [...] Die Männer haben natürlich den Druck häufig, vielleicht auch noch ins Heimatland Geld zu transferieren, und [...] dann werden irgendwelche Jobs angenommen, die vordergründig erst mal Geld bringen, aber langfristig natürlich kaum zum Überleben reichen« (I47). Folgen des

eigenen Scheiterns sind bei männlichen Geflüchteten häufiger »Verhaltensauffälligkeiten [...] bis hin zu Gewaltausbrüchen bis Verweigerung« (I33). Der familiäre Druck ist insbesondere für Männer teilweise hoch: »Alle haben eine Erwartungshaltung, dass man studiert, in Ausbildung geht, so schnell wie möglich« (I25). Die Ausgangsbedingungen sind gleichzeitig häufig schwierig: »Die kommen hierher und [...] die haben nichts, befinden sich in einer Erstaufnahme-Einrichtung, [...] aber haben einen Auftrag häufig von der Familie mitbekommen, [...] etwas zu werden« (I19). Entsprechende Erfahrungen lassen sich jedoch nur begrenzt verallgemeinern: »Ganz oft fühlt sich der Mann eben mehr angesprochen und verantwortlich dafür, der Ernährer zu sein. [...], [aber] wir hatten auch durchaus Frauen, wo die Männer extrem froh waren, dass das nicht nur allein auf ihren Schultern lastet« (I20).

Das Scheitern von Männern an etablierten Rollenvorstellungen, ebenso wie Emanzipationsprozesse von Frauen durch gegenüber der vorherigen Situation in den Herkunftsländern teilweise – je nach Lebenssituation vor und nach dem Migrationsprozess – geschlechterpolitisch deutlich liberaleren und pluralistischeren gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland wirken innerhalb von Familien konfliktverstärkend: »Insgesamt können wir in manchen Unterkünften beobachten, [...] [dass] sich die Frauen unglaublich schnell recht gut integriert haben: [...] Sprache, bam, bam, bam und das hat dann die Ehe nicht ausgehalten. Also da waren die Männer nicht so schnell wie die Frauen« (I43). Eine Folge kann patriarchale Gewalt sein, die »Körper, Persönlichkeit, Würde und Selbstwert [verletzt]. Sie ist ein Angriff auf Leben und läuft Teilhabe zuwider« (Dinkelaker und Schwenken 2020: 160). Entsprechende Gewalterfahrungen machen ohnmächtig (Becker 2005: 1). Einige Betroffene entwickeln in der Folge ein »Hemmnis überhaupt manchmal auch raus zu gehen« (I52).

Sich aus gewaltsamen Beziehungen zu lösen, ist häufig als schwierig: »So Trennungsgeschichten: Heute wieder nicht der Mann im gemeinsamen Zimmer, nächste Woche wieder rein, wieder raus. Also so Endlos geschichten haben wir auch, wo wir immer wieder [im] Frauenhaus anrufen, kommen sie jetzt, kommen sie doch wieder nicht« (I54). Ursache ist auch Druck aus dem sozialen Umfeld (Christ et al. 2017: 34): »»Ah, warum hat dich dein Mann verlassen? Was hast du denn getan? Wie du trägst jetzt kein Kopftuch mehr? Das geht ja gar nicht!« Und dann wirst du halt ausgeschlossen und plötzlich ändert sich die Entscheidung wieder« (I01). Die Lebensbedingungen in Flüchtlingsunterkünften wirken konfliktverschärfend und bewirken, dass betroffene Frauen verletzbarer werden (ebd.: 7) (Dinkelaker und Schwenken 2020: 162). Besonders schwierig ist es, sich aus gewaltsamen Beziehungen zu lösen, wenn der eigene »Aufenthalt an die Asylberechtigung oder den deutschen Pass des Partners oder ihrer Partnerin gebunden ist« (ebd.: 163). Der Zugang zu Frauenhäusern ist für geflüchtete Frauen erschwert. Zwar besteht

ein menschenrechtlich verankerter Anspruch, in der Praxis gibt es jedoch »häufig Probleme im Hinblick auf die Zuständigkeit der Kostenübernahme« (ebd.).

Kinder sind für viele Geflüchtete »natürlich das große Thema. Wie sind sie versorgt, in Kindergärten und Schule? Lässt sich das vereinbaren mit meiner Arbeit? Dann auch: Wie kann ich mich um mein Kind kümmern? Kann ich ihm Nachhilfe oder so etwas zugutekommen lassen?« (I39). Die vorhandene Infrastruktur ist jedoch häufig unzureichend (Weth 2008: 28). Die Verantwortung für Kinder bringt zusätzlich Problemlagen mit sich, »wenn da noch Kinder in der Bedarfsgemeinschaft sind, gestaltet sich das noch schwieriger mit den zusätzlichen Problemsituationen, Kinderbetreuung, Wohnen, Verdienst« (I52). Selbst normale Alltagshandlungen können in der neuen Lebenssituation zur Herausforderung werden: »[Mütter], die dann ganz stolz sind, [...] die [...] sagen: ›Ich war beim Elternabend, ich habe auch was verstanden.‹ Oder: ›Ich habe der Lehrerin gesagt, dass mein Kind keine Gummistiefel hat.« (I35). Einige Geflüchtete sind durch ihre prekäre finanzielle Situation nicht in der Lage, an sie gerichtete gesellschaftliche Erwartungen zu erfüllen: »[k]eine Zuckertüte, weil die Familie es sich nicht leisten kann, [dass,] wenn das Kind dann eingeschult wird, [es] irgendwie auch was in der Hand hält« (I13). Alltägliche Belastungsfaktoren, etwa aufgrund von Traumata, Angst vor Abschiebungen oder der Wohnraumsituation können Konflikte innerhalb der Familien intensivieren (Christ et al. 2017: 35). Sie haben zur Folge, dass »die Luft dünn wird, dass die Nerven blank liegen und dass dann natürlich so Druck insgesamt zunimmt« (I35). Einige Eltern sind dadurch mit der Kindererziehung überfordert: »Wo man dann gemerkt hat, dass einzelne Eltern [...] in einer Überforderungssituation gewesen sind. Sei es so etwas wie überhaupt nicht vorhandene Zahnpflege oder eben auch völlig unzureichende Ernährung oder [...] zum Teil auch zumindest [...] verbale Gewalt« (I11). In einigen Familien sind Kinder physischer Gewalt durch die Eltern ausgesetzt (I17).

Fürsorgeverpflichtungen und patriarchale Familienverhältnisse schränken die Möglichkeiten ein, sich aktiv an öffentlichen Aushandlungsprozessen zu beteiligen. Die Sorge um Kinder und Angehörige ist weitgehend ins Private verlagert und geht in vielen Fällen mit einem hohen individuellen Zeit- und Ressourcenaufwand einher, der soziale Teilhabe (z.B. über Partizipation am Arbeitsmarkt, aber auch politisches Engagement) erschwert. In der Folge fehlen »Zeit und Muße [...], das politische Geschehen ausgiebig zu verfolgen« (Stocker 2014: 17). Diejenigen, die Fürsorgetätigkeiten leisten – überwiegend Frauen – sind dadurch stark auf ihren privaten Alltag verwiesen und werden öffentlich unsichtbarer. Patriarchale Familienverhältnisse verstärken den Ausschluss von Frauen aus der Öffentlichkeit. Innerfamiliäre Gewalt stellt für die Betroffenen eine extreme und traumatische Belastung dar. Sich aus entsprechenden Beziehungen zu lösen, erweist sich häufig als schwierig, da der Prozess mit Scham- und Schuldgefühlen verbunden ist. Ein politischer Umgang mit patriarchalen Verhältnissen wird dadurch erschwert. Die

Situation von Geflüchteten in Deutschland kann in Familien in besonderem Maße konfliktverstärkend oder auslösend wirken: Etwa durch stressige Wohnverhältnisse ohne Privatsphäre, männliche Frustrationserfahrungen auf dem Arbeitsmarkt oder Emanzipationsprozesse von Frauen, die bestehende innerfamiliäre Hierarchien ins Wanken bringen.

Der Blick auf Aushandlungsprozesse in Familien und Fürsorgeverpflichtungen von Geflüchteten macht Ausschlüsse und Grenzen von Demokratie sichtbar, die über die spezifische Gruppe hinaus die Gesellschaft durchziehen. Er zeigt, dass wer Fürsorgetätigkeiten leistet, sich in der Tendenz stärker im privaten Raum bewegt und aufgrund der damit einhergehenden Belastung weniger Kapazitäten für soziale Teilhabe und politisches Engagement hat. Darüber hinaus macht er sichtbar, dass patriarchale Verhältnisse ungleiche Artikulationschancen von Männern und Frauen zur Folge haben und mit gewaltsamen Beziehungsmustern einhergehen können, die vor allem Frauen und Kinder Bedrohungssituationen aussetzen und ihnen gleichzeitig eine öffentliche Artikulation ihrer spezifischen Problemlagen erschweren.

Für die Situation von Geflüchteten wurde darüber hinaus eine Ungleichzeitigkeit von Erfahrung sichtbar: Patriarchale Familienvorstellungen und gewohnte Praktiken treffen auf neue Anforderungen, die es notwendig machen, mit den bisherigen Vorstellungen zu brechen (und erzeugen dadurch potenziell Überforderung und Ohnmacht). Gewohnte Muster der Problembearbeitung können nicht auf die aktuelle Situation angewendet werden und der individuelle Alltag unter schwierigen Umständen verhindert gleichzeitig, dass neue Muster entstehen können. Entlastungsstrukturen (z.B. solidarische Unterstützungsstrukturen bei Konflikten in Familien), die die Konflikte zwischen dem Gewohnten und den neuen Erfahrungen lösen könnten, sind nicht – oder nur begrenzt – vorhanden.

### 4.3.3 »Sammelsurium von Herausforderungen«. Alltagsbewältigung unter schwierigen Umständen

Belastungen aufgrund traumatischer Erfahrungen, der familiären Situation, aber auch der Lebensbedingungen in Flüchtlingsunterkünften (vgl. Kapitel 4.2.1) oder des Ablaufs des Asylprozesses (vgl. Kapitel 4.1.1) treffen im Alltag auf vielfältige Herausforderungen, die sich aus fehlenden Sprachkenntnissen, begrenzter Systemkenntnis, der sozioökonomischen Lage und eingeschränkten sozialen Netzwerken im Alltag ergeben. Geflüchtete stehen auf sich gestellt vor einem »Sammelsurium von [...] Herausforderungen, [...] wie Obdachlosigkeit und Abschiebegerfahr und [...] zur Ausländerbehörde gehen müssen und Diskriminierung« (I37). Sie stehen vor »Problemen mit der Wohnung, mit dem Geld beschaffen für die Familie im Ausland, mit den [...] ewigen Terminen in der Ausländerbehörde, mit dem Druck, der daraus entstand, mit den traumatischen Erlebnissen, die verar-

beitet werden mussten, mit gesundheitlichen Problemen, die auftraten« (I37). Die multiplen Problemlagen der Geflüchteten zu bearbeiten, ist ressourcenaufwändig.

Hinzu kommt, dass für viele Geflüchtete »hier alles neu [ist] und jedes Detail kann ein Problem darstellen. [...] Das geht schon [beim] Zurechtfinden [...] [los], der Fahrplan, wie benutze ich öffentliche Verkehrsmittel« (I52). Neuangekommene, erzählt ein Ehrenamtlicher, hätten seiner Erfahrung nach

»andere Probleme [als politische Teilhabe] [...] Die sind nicht dezidiert immer politisch orientiert und haben auch echt andere Sorgen: Bei denen geht es meistens um Sprache, um Ausbildung, Job, um Behördenkram, um Familienleben, irgendwie klarzukommen. [...] Leute [...], die wirklich erst hierhergekommen sind, seit zwei, drei, vier Jahren, die haben wirklich andere Sorgen als sich in politischen Initiativen zu beteiligen und mit reinzugehen.« (I14)

Die Organisation des eigenen Alltags erweist sich als schwierig (z.B. weil ein Auto für größere Einkäufe fehlt). Fehlende Sprachkenntnisse führen dazu, dass manche Geflüchtete kostenintensive Verträge eingehen, »ohne wirklich zu wissen, was man da unterschreibt oder viel Papier, was nicht verstanden wird, [...] oder irgendwelche Ratenzahlungen vereinbart« (I32). Handyverträge (»Wieso muss ich hier irgendwas bezahlen? Handyvertrag« (I13)) sind ein mehrfach genanntes Beispiel. Andere Beispiele sind Stromrechnungen oder Probleme mit Vermietern: »Ich habe eine Mahnung bekommen. [...] Ich kann den Strom nicht bezahlen« (I39); »Ich muss ein Bankkonto eröffnen. Oder ich habe ein Problem mit meinem Vermieter« (I12). Einige Geflüchtete verschulden sich dadurch: »Zwei parallellaufende Handyverträge abgeschlossen, weil er jetzt ein tolles Handy gekriegt hat, [...] überhaupt nicht überblickt, dass er ja monatliche Raten bedienen muss. Da kauft er sich für 500€ Klamotten beim Otto-Versand und zahlt das auf Raten« (I54).

Post ist für Geflüchtete mit schwächeren Deutschkenntnissen nur schwer zu verstehen: »Manchmal hast du bis zu 200 Leute in dem Heim, und die wollen alle ständig was von dir. Die holen ihre Post ab. Verstehen nicht was darin steht« (I15). Unverständliche Briefe werden durch die unsichere Aufenthaltssituation zu einem Belastungsfaktor, wie die Mitarbeiterin einer Beratungsstelle erklärt: »Einer, der kriegt immer [...] Schweißausbrüche, wenn er die Briefe nur schon im Briefkasten sieht. [...] Und dann kommt er mit seinem Stapel hierher und ich gucke die mir dann einmal durch und sage: »Ist alles nichts Schlimmes, es ist alles nur...«. Und dann ist wieder gut« (I22). Belastend sind Briefe insbesondere, wenn eine Abschiebung droht: »Das größte Thema [...] ist diese Problematik der [...] Abschiebung. [...] Du hast den Umschlag, hast Post gekriegt und [...] das war ein großes Thema« (I33). Teilweise verstehen Geflüchtete den Inhalt ihrer Post erst im Gespräch mit der Beratungsstelle, in die sie »mit einer Tüte voll Papier« (I43) kommen. Eine Beraterin erzählt von einem Fallbeispiel: »Ich hab einen Termin, ich weiß gar nicht, was auf

diesem Zettel steht. ›Ja, zeig mal her, ich lese es mir durch.‹ Ist meistens was vom Jobcenter. ›Ich verstehe nicht, warum muss ich da Geld zurückbezahlen‹ (I46).

Einigen Geflüchteten fällt es schwer, behördliche Schreiben von anderen Postsendungen zu unterscheiden: »Grundsätzlich wird jeder, egal ob Aufenthaltstitel, Duldung, Gestattung, mit einem Termin eingeladen. [...] Rechtzeitig, bevor das abläuft. Aber nicht jeder sieht seinen Brief, schmeißt ihn als Werbung weg oder was auch immer« (I45). Geflüchtete machen teilweise »die Briefe gar nicht mehr auf, weil sie es eh nicht verstehen. Also, wenn man niemanden hat, der sich wirklich individuell da um die Familie kümmert, dann ist [es] schwierig. Da laufen Mahnungen an, Rechnungen an, wo sich keiner drum kümmert« (I62). Werden behördliche Unterlagen nicht verstanden oder nicht beachtet, kann das gravierende Konsequenzen haben: »Es kommt zu keiner Geldauszahlung und der Rattenschwanz ist unendlich, wenn keine Leistungen überwiesen werden. [...] Dass sie jetzt schwarzfahren, dann [kann] für das Schwarzfahren wieder nicht die Strafe nicht bezahlt [werden]. Dann kann man [...] in Erzwingungshaft kommen« (I52). Besonders betroffen sind diejenigen, die nicht alphabetisiert sind (»Die tun sich definitiv schwer mit den Anträgen« (I43)). Fehlen Unterlagen, bekommt man in Behörden teilweise einfach »das Formular wieder auf den Tisch: ›Da fehlt noch was.‹ Man kriegt da nicht gesagt, was genau fehlt: ›Da fehlt noch was, ist unvollständig.‹ Und wenn die Leute da allein sind, ohne einen Deutschen dabei, dann sind die völlig aufgeschmissen« (I62). Herausforderungen im Umgang mit bürokratischen Schreiben betreffen nicht nur Geflüchtete und Menschen mit begrenzten Deutschkenntnissen. Durch die starke Diskrepanz zwischen bürokratischer Sprache und Alltagssprache sind auch viele in Deutschland aufgewachsene oder schon länger in Deutschland lebende Personen im Umgang mit bürokratischen Schreiben überfordert: »Die Bürokratie ist eine riesengroße Hürde [...] schon für viele Einheimische [...], man versteht ja kaum die Hälfte und wenn man dann Leute hat, die die Sprache nicht richtig verstehen, die keine Unterstützung haben, denen entgehen auch viele Hilfen und Unterstützungen« (I16). Geflüchtete und andere Betroffene sind in der Folge auf Unterstützung und Beratung in Bezug auf die Fragen »Wie gehe ich mit Behördenbriefen um? Wie kann ich darauf reagieren? Was sind meine Rechte?« (I09) angewiesen. Sie habe, erzählt eine Ehrenamtliche, »zu Anfang Plastiktüten voll bekommen von Familien und dann mach ich das ganz in Ruhe, sortiere das hier alles, schmeiß weg, was man nicht braucht, erklär denen das und guck einfach, wo hakt es und wo muss was gemacht werden« (I63). Aufenthaltsrechtliche Fragen spielen ebenfalls eine wichtige Rolle: ›Hier ist jemand, der hat eine Ablehnung gekriegt. Kannst du helfen?‹ [...]« (I17) oder auch »ich muss jetzt zum Konsulat sonst wohin, weil die Ausländerbehörde sagt, ich muss ein Dokument beschaffen« (I22).

Die medizinische Versorgung derjenigen, die unter das Asylbewerberleistungsgesetz fallen, ist eingeschränkt (Kothén 2002b: 62). Arztbesuche sind selbst dort,

wo sie möglich sind, mit Schwierigkeiten verbunden: »Ich habe da einen Termin beim Arzt, kannst Du mal mitkommen, ich traue mich nicht allein, oder ich verstehe sonst nicht alles« (I16). Teilweise werden Geflüchtete bei Ärzten »überhaupt nicht ernst genommen, [...] wenn die da allein hingehen« (I22). Bei Frauen kommen geschlechtsspezifische Problemkomplexe hinzu: »Stillprobleme oder [...] Zufüttern [...]«. Das Übliche halt: »Das Kind hat Ausschlag, was kann ich tun?« Denn die Mütter sind ja noch wo anders oder leben nicht mehr« (I16). Durch fehlende soziale Netzwerke sind alltägliche Probleme wie Umzüge herausfordernder: »Am Anfang [...] war auch Möblierung der Wohnungen noch ein großes Thema [...]. Also Möbel, Kühlschränke, was weiß ich. [...] Das musste dann ja alles organisiert werden, der Transport« (I16) oder »da braucht jemand Hilfe beim Kücheneinbau« (I15).

Fehlen Sprach- und Systemkenntnisse, können sich alltägliche Routinen (z.B. bürokratische Schreiben, Arztbesuche) – vor dem Hintergrund eines prekären Aufenthaltsrechtlichen Status – zu einem schwerwiegenden Belastungsfaktor entwickeln (»kriegt Schweißausbrüche«). Die Alltagsbewältigung »stellt ersichtlich eine schwierig zu bewältigende Herausforderung dar« (Scherr und Breit 2020b: 155). Es passieren häufiger Fehler, die teils schwerwiegende finanzielle Konsequenzen haben können (z.B. mehrere Handyverträge, keine Sozialleistungen) und darüber wiederum die alltägliche Belastungssituation verstärken. Fehlen soziale Kontakte, die unterstützend zur Seite stehen können (z.B. Briefe beantworten, Umzüge unterstützen) droht die Überforderung in Hilflosigkeit umzuschlagen (»Weiß nicht, was ich tun soll«). Unter diesen Bedingungen einer konstanten Überlastungssituation erweist sich eine politische Auseinandersetzung mit den eigenen Lebensbedingungen als schwierig (Pearlman 2017: 314): Kaum zu bewältigende unmittelbare alltägliche Anforderungen erschweren es, sich eine plan- und beeinflussbare Zukunft auch nur vorzustellen.

#### **4.3.4 Wenn die Alltagsbewältigung alle Ressourcen bindet. Sind Menschen überlastet und überfordert, erschwert das ihre demokratische Teilhabe**

Ob Handlungsfähigkeit im Alltag erfahrbar ist und Politik als relevant und beeinflussbar wahrgenommen wird, ist entscheidend für die Bereitschaft und Möglichkeit, sich aktiv an demokratischen Aushandlungsprozessen zu beteiligen. Wo sich Menschen alltäglich überlastet, orientierungslos und exkludiert fühlen, schreiben sich diese Erfahrungen in den Alltagsverstand ein und können politische Passivität und Ohnmacht bewirken. Erscheint der eigene Alltag bereits als kaum beeinfluss- und steuerbar, weil sich zentrale Dimensionen dem eigenen Handeln entziehen und konstant zeitliche, finanzielle oder psychische Ressourcen fehlen, um auftretende Probleme zu bewältigen, wirkt sich dies auch auf politische Teilhabe aus. Geflüchtete machen entsprechende Erfahrungen in ihrem Alltag in besonderem

Maße. Sie befinden sich vielfach in einer »prekären materiellen und psychosozialen Situation, die die individuelle wie die kollektive Handlungsfähigkeit erheblich beeinträchtigt« (Winter 1997: 545). Durch den Prozess der Flucht weisen sie gebrochene Biografien auf. Traumata und psychische Belastungen schränken die eigene Handlungsfähigkeit ein. Transnationale Familienverhältnisse, die bis in Kriegs- und Konfliktgebiete hineinreichen, verstärken das Gefühl einer Überlastung. Folge dieser multiplen Herausforderungen ist ein hoher Ressourcenaufwand für die Alltagsbewältigung, der potenziell mit einer starken Stressbelastung einhergehen kann. Je höher die Stressbelastung, desto wahrscheinlicher sind Ohnmachtserfahrungen (Seeman et al. 1988: 196). Eine politische Artikulation der Probleme, denen man im Alltag gegenübersteht, wird dadurch erschwert (Klatt und Walter 2014: 155).

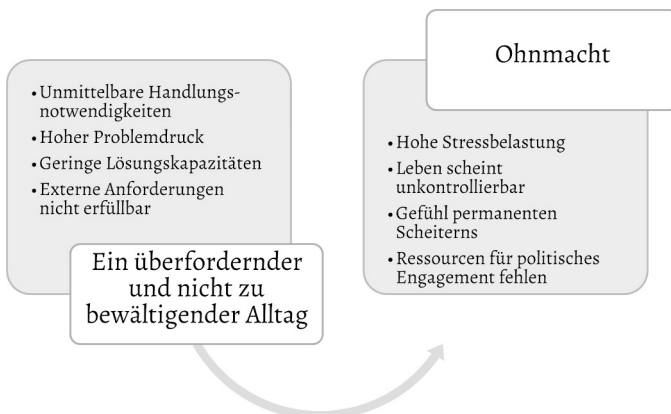
Die im Alltag der Geflüchteten sichtbar werdenden überfordernden alltäglichen Problemlagen betreffen auch Teile der bereits länger in Deutschland lebenden Bevölkerung und teils auch Menschen – z.B. durch einen deutschen Pass – die staatlich mit politischen Partizipationsrechten ausgestattet sind. Studien gehen davon aus, dass fast ein Drittel der erwachsenen Bevölkerung jedes Jahr von psychischen Erkrankungen wie Angststörungen, affektiven Störungen – zu denen Depressionen zählen – und Störungen durch Alkohol oder Medikamentenkonsum betroffen sind (DGPPN 2018). Auch wenn hier nicht immer traumatische Erfahrungen zugrunde liegen, sind entsprechende Erkrankungen mit einem hohen individuellen Ressourcenaufwand – und teils schwerwiegenden negativen Effekten in unterschiedlichen Lebensbereichen – verbunden. Die Alltagsbewältigung wird dadurch erschwert, es entstehen systematisch Überlastungs- und Überforderungssituationen. In Deutschland ist zudem jede dritte Frau mindestens einmal in ihrem Leben von physischer und/oder sexualisierter Gewalt betroffen, häufig durch ihren aktuellen oder früheren Partner. Betroffen sind Frauen aller sozialen Schichten (BMFSFJ 2020). Die Folgeerscheinungen entsprechender Gewalterfahrungen erschweren den Betroffenen eine gesellschaftliche Teilhabe. Eine politische Teilhabe von vielen weiblich sozialisierten Personen wird darüber hinaus durch ihre Mehrfachbelastung durch Fürsorge, Verantwortung für die Familie und Beruf erschwert. Es ist daher kein Zufall, dass insbesondere prekär situierte Frauen ein »Desinteresse gegenüber politischen Fragestellungen zu erkennen [geben]. Im Vordergrund stehen für sie die Notwendigkeiten des Alltags. [...] Das Hauptaugenmerk liegt nicht auf der Politik, sondern auf den Alltagszwängen« (Geiling et al. 2011: 255).

Viele Menschen sind durch ihre hohe Belastung im Alltag tagtäglich am Limit (Süddeutsche.de 2013). Biographische Probleme jenseits der bloßen Sicherung des materiellen Überlebens anzugehen, wird dadurch schwierig (Groh-Samberg 2009: 266). Für ein politisches Engagement – sei es innerhalb der institutionellen Verfahrensweisen der liberalen Demokratie oder in transformatorischer Absicht gegen diese – bleibt dadurch häufig wenig Zeit und Energie. Die »große Welt« der bedeutsamen politischen Ereignisse [kommt] im Denken der Prekarisierten und

Ausgegrenzten häufig gar nicht mehr vor« (Dörre 2014: 395). Es fehlt »an geeigneten Erzählungen und Leitbildern, die der Alltagskritik eine Perspektive jenseits von Ohnmachtserfahrungen bieten könnten« (ebd.). Alltagsbelastungen sind sozioökonomisch ungleich verteilt und betreffen ohnehin bereits marginalisierte Bevölkerungsgruppen in besonderem Maße, während sie gleichzeitig über geringere finanzielle Ressourcen im Umgang mit entsprechenden Belastungen verfügen.

Stress, Überforderung und Überlastung im Alltag wirken damit einer gleichberechtigten politischen Teilhabe entgegen und verstärken den sozial selektiven Charakter der Demokratie. Die nötige Zeit, Energie und Ruhe für politische Teilhabe zu finden ist schwierig bis unmöglich, wenn Menschen mit psychischen Belastungen, Traumata und den Spätfolgen körperlicher Versehrtheiten zu kämpfen haben; Angst vor Abschiebungen und polizeilichen Kontrollpraktiken ausgesetzt sind; rassistische Übergriffe im Alltag erleiden und verarbeiten müssen; ein stressiges Wohnumfeld ohne Privatsphäre haben und auf dem privaten Wohnungsmarkt keine oder nur unter hohem Ressourcenaufwand eine Chance auf eine Wohnung haben; in Schule oder Sprachkursen aufgrund ihres sozioökonomischen Hintergrunds, fehlender Sprachkenntnisse und Lernerfahrungen ge- und überfordert sind; in zerrissenen, fragilen, gewaltsamen und überlasteten Familienkonstellationen leben oder im Alltag aufgrund fehlenden Systemwissens auf die Hilfe anderer angewiesen sind. In der Tendenz ist es umso schwieriger politisch etwas an Rahmenbedingungen des eigenen Alltags zu verändern je belastender das eigene Alltagsleben ist. Bindet die unmittelbare Alltagsbewältigung alle Ressourcen, ist politische Teilhabe kaum möglich.

*Grafik 17: Ohnmachtserfahrungen aufgrund eines überfordernden und nicht zu bewältigenden Alltags*



Quelle: Eigene Darstellung

Erschöpfung durch konstanten Stress wirkt damit als Regierungstechnik, die politische Ungleichheit reproduziert. Ein überfordernder und nicht zu bewältigender Alltag ist vor diesem Hintergrund ein weiterer Modus, der Ohnmacht produziert. Unmittelbare Handlungsnotwendigkeiten, ein hoher Problemdruck und externe Anforderungen treffen auf geringe und unzureichende Lösungskapazitäten. Erfahrungen sind durch permanenten Stress emotional kaum mehr verarbeitbar, wodurch emotionale Überlastungssituationen alltäglich werden. Versuche der Kontrolle des eigenen Lebens scheitern, wodurch das Selbstwertgefühl der Betroffenen in Gefahr geraten und psychische Labilität hervorgerufen werden kann. Kapazitäten und Ressourcen für politisches Engagement sind nicht oder nur begrenzt vorhanden.

#### 4.4 Behördlich verwaltetes Leben – »Immer wieder Steine in den Weg gelegt«

»Die zwingen dich quasi den langwierigen Weg des Widerspruchs zu gehen. Nur um zu [...] sagen: »Na gut, dann habt ihr es halt probiert, dann habt ihr halt Recht bekommen.« Aber dann gehen viele Monate oder gar Jahre manchmal ins Land [...]. Und das ist [...] ein sehr schwieriges Verhältnis, damit klarzukommen und sich auch jeden Tag wieder neu motivieren zu können, wenn sie immer wieder Steine in den Weg gelegt bekommen. Steine, die gar nicht da sein müssten. Steine, wenn wir ehrlich sind, die es gar nicht gibt. Also die existieren eigentlich nicht und doch existieren sie.« (I18)

Je nach sozialer Position in der Gesellschaft wird der Staat sehr unterschiedlich erfahren. Während er den einen als Instrument gegenübertritt, um eigene Interessen politisch zu artikulieren, erleben ihn andere in erster Linie als wenig responsive, verhärtete Institution. Insbesondere wenn Menschen in engem und konstantem Kontakt mit der staatlichen Bürokratie stehen müssen, dabei jedoch wenig Selbstwirksamkeit und Handlungsmöglichkeiten erfahren, erscheint eine politische Veränderung staatlicher Routinen häufig verstellt. Die bürokratische Verwaltung des eigenen Alltags hat starke negative Konsequenzen für das Selbstwirksamkeitsempfinden und bedingt eine Selbstwahrnehmung als Objekt (Sammet und Weißmann 2010). Betroffene erleben sich vielfach als »hilflos und den Entscheidungen anderer ausgeliefert« (ebd.: 39). Die Existenz vieler Betroffener wird immer wieder durch »willkürlich erscheinendes oder fehlerhaftes Verwaltungshandeln« (ebd.: 34) bedroht, die Kommunikation mit den Behörden nimmt sehr viel Zeit und Kapazitäten in Anspruch.

Bürokratische Routinen wirken in mehrfacher Hinsicht einer politischen Artikulation von Forderungen entgegen: Sie zwingen den Einzelnen eine spezifische